

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, DEN 20. APRIL 1948 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 4. JAHRGANG / NUMMER 31

Ruhige Wahltage in Italien

ROM. Entgegen allen Befürchtungen sind die Wahlen in Italien in völliger Ruhe und ohne Zwischenfälle verlaufen. Da die Wahllokale erst gestern um 14 Uhr geschlossen worden sind, ist noch keinerlei Ergebnis bekannt geworden. Es steht jedoch bereits fest, daß die Wahlbeteiligung sehr hoch gewesen ist. Sie wird im Durchschnitt annähernd 90 Prozent betragen. Die bereitgestellten Einheiten der italienischen Armee und der Polizei hatten keinen Anlaß zum Eingreifen. In- und ausländische Pressevertreter waren es gestattet, sich in den Wahllokalen von dem ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl zu überzeugen. Von Sonntagmorgen bis Montagabend durften in ganz Italien keine alkoholischen Getränke verkauft werden.

Aus der Schweiz sind 13 000 Italiener und Italienerinnen mit 15 Sonderzügen nach Italien gebracht worden, um dort ihre Stimmen abgeben zu können.

Notenwechsel wegen Triest

LONDON. Der englische Außenminister Bevin beantwortete am vergangenen Freitag die sowjetische Note, in der die Einladung Englands zu Viermächtebesprechungen über die Rückgabe Triests an Italien abgelehnt worden war. Bevin wies die sowjetischen Vorwürfe, daß der englische Vorschlag den demokratischen Prinzipien widerspreche, zurück. Er betonte, daß die 21 interessierten Mächte, die bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien beteiligt waren, auch bei der geplanten Revision gehört werden sollen und forderte die Sowjetunion auf, ihm möglichst bald bekanntzugeben, welches Verfahren die UdSSR zur Lösung der Triestfrage angewandt haben möchte.

Frankreich und die USA, die ebenfalls ablehnende Noten der UdSSR erhalten hatten, beantworteten dieselben im gleichen Sinne und erklärten ihre Bereitwilligkeit, auf sowjetische Vorschläge einzugehen.

Die Gebietstorderungen Luxemburgs

LONDON. Heute treffen sich die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der Beneluxländer in London, um ihre am 6. März abgebrochenen Deutschlandbesprechungen wieder aufzunehmen.

In luxemburgischen Kreisen der britischen Hauptstadt werden die Meldungen demotiert, nach denen Luxemburg auf ein Stück deutsches Land Anspruch erheben würde, das seiner eigenen Fläche gleichkäme. Man erklärt, daß die von Luxemburg geforderten deutschen Gebiete nur knapp ein Zwölftel der Oberfläche Luxemburgs darstellen. Luxemburg beansprucht lediglich einen ein bis fünf Kilometer breiten Streifen deutschen Gebietes, der sich von Perl nach Cavern hinzieht und die Gebiete westlich einer Linie, die von der Nordspitze Luxemburgs nach der Ortschaft Irel verläuft. Dieser Streifen ist fünf bis zehn km breit. Die Bevölkerungszahl beider Gebiete zusammen beträgt knapp 30 000 Einwohner.

Zum Krieg der Nadelstiche

WIEN. Am Freitag fand eine Sitzung des Alliierten Rates statt. Der britische Kommissar erklärte, daß nach dem Abkommen für die Besatzungszonen Österreichs den Angehörigen des britischen Militärs und den britischen Beamten das Recht auf freien Zutritt zum Schwechatzer Flugplatz zustehe. Er beharre daher auf Entfernung der russischen Straßenhindernisse. Dieselbe Haltung nahm der amerikanische General Keyes ein. Der sowjetische Kommissar Generaloberst Kurassow wies den britischen und amerikanischen Protest zurück. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Der Streit ging um die Auslegung von Artikel 5 des Londoner Vertrages vom 9. Juli 1945, auf den General Kurassow seine Forderung auf Aufhebung des Zivilluftverkehrs London-Wien stützte. Die Briten stimmen der russischen Beweisführung nicht zu, da es sich hier um keine reine Zivilinie handele.

Parteifusion in der Tschechoslowakei

PRAG. In der Tschechoslowakei hat die sozialdemokratische Partei aufgehört zu existieren. Die Vorstände der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei veröffentlichten ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die erfolgte Fusion beider Parteien mitgeteilt wird. In diesem Kommuniqué heißt es: „Die Grundlage für die Organisation der neuen Einheitspartei wird die kommunistische Partei sein.“ Das bedeutet aber in Wirklichkeit, daß es in der Tschechoslowakei keine sozialistische Einheitspartei geben wird, sondern daß die sozialdemokratische in der kommunistischen Partei aufgeht.

Regierungsumbildung in Griechenland

ATHEN. Der zweite Vorsitzende der liberalen Partei Griechenlands, Sophokles Venizelos, hat König Paul in einer Audienz auf die Notwendigkeit einer Umbildung der Regierung durch die Demission des gesamten Kabinetts hingewiesen. Im Rahmen der Koalition der beiden großen Regierungsparteien, der liberalen und der Volkspartei, soll eine glänzlich neue Regierung gebildet werden. König Paul hat sich bereit erklärt, diesen Vorschlag an Ministerpräsident Sophoulis weiterzugeben.

Wirtschaftskonvention unterzeichnet

Die Generale Robertson und Koenig unterschrieben für die Westzonen. / Dank an die USA

PARIS. Die Vollversammlung der 16er-Konferenz ist am Freitag unter Vorsitz von Außenminister Bevin im Uhrensaal des Quai d'Orsay um 11.12 Uhr eröffnet worden. Die feierliche Unterzeichnung des Abkommens über die europäische Wirtschaftshilfe ist bereits um 12.05 Uhr in der Galerie de la Paix abgeschlossen gewesen.

In alphabetischer Reihenfolge setzten die Delegierten der 16 Marshall-Plan-Länder ihre Unterschrift unter die europäische Wirtschaftskonvention.

Anschließend gaben die Delegierten kurze Erklärungen ab. Der französische Außenminister Bidault sagte in seiner Rede, die Organisation schließe kein friedliches Volk aus. „Sie bleibt für alle Nationen offen, die überzeugt sind, daß unser Beginnen von gutem Willen beseelt ist.“ Nach Bidault sprachen die Vertreter Griechenlands, Irlands, der Schweiz und Dänemarks. Als Vertreter der Bizone, die hier zum ersten Male an einer europäischen Konferenz teilnahm, hat General Robertson erklärt, daß die deutschen Exekutivorgane in Zusammenarbeit mit den Alliierten ihr Wiederaufbauprogramm selbst ausgearbeitet haben. Wörtlich sagte der General: „Ich unterzeichne das von der Pariser Konferenz ausgearbeitete Dokument in der Überzeugung, daß es eine historische Etappe in den gegenseitigen Beziehungen der hieran beteiligten Länder und Völker einschließlich Deutschlands darstellt. Dieser Akt wird jenem Gebiet, dessen Wirtschaft für ganz Europa lebenswichtig ist, und für das mein amerikanischer Kollege und ich vorläufig die Verantwortung tragen, neue Hoffnung geben.“

Im Namen der französischen Besatzungszone führte General Koenig aus, daß die Regierungen der Länder seiner Zone sich durchaus der hohen Bedeutung der gegenwärtigen Kon-

ferenz bewußt seien und bereit seien, die Verantwortung auf sich zu nehmen, die ihnen zufällt.

Die europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit gliedert sich in einen Rat, ein Exekutivkomitee und ein Generalsekretariat. Der Rat setzt sich aus Mitgliedern aller 16 Staaten und der Westzonen Deutschlands zusammen. Zu seinem Vorsitzenden ist Belgien gewählt worden.

Das Exekutivkomitee unterstützt den Rat und besteht aus sieben Mitgliedern, die jedes Jahr vom Rat bestimmt werden.

Zum Generalsekretär ist der Franzose Marjolin ernannt worden. Er nimmt beratend an den Sitzungen der beiden ersten Gliederungen teil. Der Rat ist befugt, technische Komitees oder andere Organisationen zu gründen, die für die Durchführung der Aufgaben notwendig sind.

Am Samstagvormittag ist der Rat zum ersten Male zusammengetreten und hat den Generalsekretär aufgefordert, an die amerikanische Regierung ein Telegramm weiterzuleiten, worin die tiefe Dankbarkeit für die großzügige Entscheidung des amerikanischen Volkes zur Hilfeleistung für Europa zum Ausdruck kommt.

General Koenig empfing in Baden-Baden am Samstagabend die deutschen Sachverständigen Armbruster und Dörtenbach und wies sie auf die große Bedeutung des Beitritts der französischen Besatzungszone zu der Konvention hin. Er sagte weiter, daß die Experten der Westzonen die ersten Deutschen sind, die berufen wurden, durch ihre Mitarbeit an einer internationalen Organisation am Wiederaufbau Europas aktiv teilzunehmen. Die Sachverständigen dankten General Koenig. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie sich der Erklärung des Oberbefehlshabers bei Unterzeichnung der Konvention vollinhaltlich anschließen und versicherten ihm ihre Unterstützung.

Frankreichs Führungsaufgabe in Westeuropa

De Gaulle für nationale Erneuerung / Schuman zum Deutschlandproblem

MARSEILLE. Zum ersten Male seit ihrer Gründung in Straßburg ist die Französische Volksunion (RPF) am Freitag und Samstag in Marseille zu einem Landeskongress zusammengetreten. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die große Rede General de Gaulles.

Der General entwickelte das Programm der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung der französischen Union und forderte die Elite der Nation auf, Frankreich zum Fortschritt zu führen. Nachdem Europa in zwei Teile geschnitten ist, in ein Reich der kontinuierlichen Schatten und ein Reich der Freiheit, muß in Westeuropa eine Gruppe von Staaten errichtet werden, die in Handel und Verteidigung bereit sind, gemeinsame Sache zu machen. „Das physische und moralische Zentrum dieser Gruppe ist Frankreich.“

Auch die Deutschen können zu dieser Gruppe stoßen, aber nur in der Form von souveränen, föderalistisch regierten Staaten. Frankreich wird die Führungsrolle übernehmen, wenn es sich als Staat erneuert hat. Darum forderte der General sobald wie möglich allgemeine Wahlen.

In seiner Sonntagsrede griff General de Gaulle heftiger als je die französischen Kommunisten und die UdSSR an.

Pessimismus der Palästina-Konferenz

FLUSHING MEADOWS. Am Freitagmittag wurde die zweite außerordentliche Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen, auf der das Palästina-Problem behandelt wird, eröffnet. Der argentinische Delegierte José Arce wurde für die Dauer der Sitzungsperiode zum Vorsitzenden der Vollversammlung gewählt.

In seiner Eröffnungsrede hob der brasilianische Delegierte „die entmutigende Atmosphäre, in der die Vollversammlung nunmehr zum drittenmal zur Palästinafrage Stellung nehmen muß“, hervor. Es sei unmöglich, das Bild in noch düsteren Farben zu malen. Die Voraussetzung für einen Erfolg der Besprechungen wäre die Annahme des Beschlusses des Sicherheitsrates über den Waffenstillstand in Palästina durch die Juden und durch die Araber.

Da im Sicherheitsrat jedoch bis zur Stunde noch keine Einigung über die Durchführung des Waffenstillstandes erzielt werden konnte, sind die Aussichten für eine baldige erfolgreiche Beendigung der Palästina-Debatten gering.

Das Kolonialthema in Bogota

BOGOTA. Zum erstenmal seit den Unruhen befaßte sich die panamerikanische Konferenz wieder mit dem Problem der europäischen Kolonien in Amerika. Der brasilianische Delegierte kündigte eine Resolution an, in der das Aufheben des Kolonialregimes in der westlichen Hemisphäre gefordert werden wird. Dies würde bedeuten, daß Argentinien und Guatemala sich wegen ihrer Ansprüche auf die Falklandinseln und auf Honduras an den internationalen Gerichtshof in Haag zu wenden hätten. Es ist bekannt, daß sowohl die USA

Ebenfalls am Sonntag hielt der französische Ministerpräsident Schuman in Poitiers eine auch über den Rundfunk verbreitete Rede, in der er die innerpolitischen Erfolge seiner Regierung (Preisstabilisierung, Besserung der Finanzlage, Erhöhung der Löhne) aufzählte.

Zum Deutschlandproblem erklärte der Redner, die Bildung von autonomen deutschen Staaten, die sich später zu einem Bund zusammenschließen, sei notwendig. Eine zentralistische Macht jedoch sei für Deutschland eine Versuchung, den Revanchegedanken und den Imperialismus wieder zu beleben.

Auch der Führer der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, hielt zur gleichen Stunde wie de Gaulle in Marseille und Schuman in Poitiers eine Rede, in der er den amerikanischen Imperialismus verurteilt, der das faschistische Regime, die deutschen Kapitalisten und ihre Hitleragenten zu retten versuche, indem er Dollar verteilte und in dem Wahlkampf in Italien eingreife. Der Marshall-Plan mache Frankreich zu einer amerikanischen Kolonie, die mit Deutschland zusammen die Basis für eine neue „heilige Allianz“ bilden solle. Den Gaullisten warf der Redner vor, sie würden die republikanischen Einrichtungen zerstören wollen und die „Diktatur des Führers“ errichten.

als auch Großbritannien einem solchen Verfahren günstig gestimmt sind.

Die USA haben Kolumbien einen Kredit von 10 Millionen Dollar zur Beseitigung der durch die Unruhen verursachten Schäden gewährt.

Aktivität der chinesischen Außenpolitik

NANKING. Die außenpolitische Kommission der chinesischen Nationalversammlung schlug der Regierung vor, eine Konferenz der südostasiatischen Länder einzuberufen, um ein Abkommen für die Verhinderung der kommunistischen Durchsetzung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit abzuschließen. Zu dieser Konferenz sollen die Philippinen, Indien, Burma, Siam und eventuell Australien und Neuseeland eingeladen werden.

Die Kommission empfiehlt ferner, den chinesisch-russischen Vertrag über die Zivilluftfahrt zu kündigen, da die UdSSR mehrere Luftlinien zu Spionagerzwecken benutze. Außerdem wird die Rückgabe Hongkongs, das jetzt Großbritannien gehört, und Makao, das in portugiesischem Besitz ist, gefordert.

Schließlich verlangt die Kommission die Rückerstattung des gesamten Materials und der industriellen Ausrüstung, die die sowjetischen Truppen aus der Mandchurei geraubt hätten.

Die chinesische Nationalversammlung nahm in erster Lesung einen Vorschlag an, der dem Präsidenten der chinesischen Republik für die Dauer des Krieges Sondervollmachten einräumt. Danach kann der Staatspräsident ohne vorherige Zustimmung des Parlaments, jedoch mit Billigung des Ministerrats, dringende Maßnahmen ergreifen. Auf Grund dieses Gesetzes hat Marschall Tschiangkaischek seine Wiederwahl zum Präsidenten der Republik angenommen.

Um die Parteien

Von Will Hans Hehscher

Die von uns angestrebte Diskussion über Wahlrecht und Parlament ist durch den Leitartikel „Krise der Parteien“ in unserer Ausgabe vom 6. April da. Ja in Gang gekommen und wir erhielten zahlreiche Zuschriften: sachliche und unschliche, zustimmende und ablehnende. Wir können nicht alle Einsender zu Wort kommen lassen, weil leider unsere Papierzuteilung für eine solche Sondernummer nicht ausreicht. Die von uns heute veröffentlichten Zuschriften enthalten aber in klarer und eindeutiger Form das Wichtigste, was für und wider das heutige Wahlrecht und das Parteiensystem zu sagen ist.

Dr. Ludwig Münzinger, Herausgeber des Archivs für publizistische Arbeit, schreibt: „Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel „Krise der Parteien“ gelesen. Ich ersehe aus Ihrem Beitrag, daß sich der Verfasser von der Alleinherrschaft des Verhältniswahlrechts abwendet, wie auch ich dazu allmählich gekommen bin. Für die Gemeinden halte ich unser württembergisches Recht in dieser Beziehung auch weiterhin für recht brauchbar. Für die übrigen Vertretungskörperschaften aber müssen wir unbedingt zu einem anderen Wahlrecht kommen, denn die Krise der Parteien beruht zum großen Teil auf dem heutigen Wahlsystem. Ich bin aber weiterhin der Meinung, daß zur Behebung dieser Krise vor allem auch in weitestgehender Weise das unmittelbare Abstimmungsrecht des Volkes herbeigeführt werden muß.“

Ich befinde mich hier in einer Kontroverse mit der Leitung meiner eigenen Partei, die nach ihrer personellen Zusammensetzung dazu neigt, einfach an die alten Verhältnisse anzuknüpfen. Ich habe erst vor kurzem ausgezeichnetes Material aus der Schweiz bekommen über die heilsamen Ergebnisse gerade in Beziehung auf die Bändigung der Parteibürokratie, die von dem dortigen Volksabstimmungsrecht ausgegangen ist und zwar nach jetzt gerade hundertjähriger Erfahrung.

Ich bin der Meinung, daß man dazu übergehen müßte, eine zwischenparteiliche Organisation zu schaffen mit allen denen, die für die hier behandelten Gedanken aufgeschlossen und bereit sind, die richtig verstandenen Interessen des Volkes über jede Partei zu stellen.“

Otto Besch, Trossingen, schreibt: „Mit Ihrem Hinweis auf die Notwendigkeit der Aenderung des Wahlsystems haben Sie den Kern der Sache berührt. Es steht für mich fest, daß die Listen- und Verhältniswahl (also die Wahl eines Programms und nicht einer Person) zum Scheitern der Demokratie vor 1933 geführt hat, und bei ihrer Beibehaltung wird die Demokratie auch jetzt wieder mit tödlicher Sicherheit Schiffbruch erleiden. Es liegt im Wesen des Deutschen und hat schon so oft in seiner Geschichte zu Unheil geführt, sich einer Sache mit Haut und Haar zu verschreiben, und so werden die „Abgeordneten“ des Volkes, kaum gewählt, zu Schemen des Parteiprogramms.“

Man wird nicht über Nacht zu einem wahren Demokraten; ein Volk wie das deutsche schon gar nicht. Dazu bedarf es der Schulung in Jahren und Jahrzehnten. Wie aber soll sich das deutsche Volk schulen können ohne das Recht auf Volksentscheid in jeder Sache und aus eigener Initiative? Wo aber bleibt das in § 71 der südwürttembergischen Verfassung angekündigte Gesetz über die Volksabstimmung und weiche Rechte wird es dem Volke zubilligen?“

Auch andere Einsender wiesen wiederholt darauf hin, daß der Volksentscheid ein wesentliches Merkmal der Demokratie darstelle und daß mit Nachdruck gefordert werden müsse, das in unserer Verfassung vorgesehene Gesetz über die Volksabstimmung endlich zu verwirklichen.

Demgegenüber erbrachten die Einsendungen der Anhänger des bisherigen Wahl- und Parteiensystems wenig Neues. Die Vertreter dieser Richtung sind der Ansicht, daß die Listen- und Verhältniswahlen die besten und die Parteien zum mindesten ein „notwendiges Übel“ seien. In vielen Zuschriften wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß eine Reform des heutigen Parteiwesens unerlässlich sei. So schreibt A. Bolt als Entgegnung zu unseren Ausführungen über die „Krise der Parteien“: „Das Verhältniswahlverfahren sichert den verschiedenen Parteien im Parlament eine Vertretung, die im Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer Wähler steht, das heißt, es verschafft dem Grundsatz des gleichen Wahlrechts, an dem wir in einer Demokratie doch festhalten wollen, unverfälscht Geltung. Beim Personenwahlverfahren dagegen erhalten manche Parteien im Parlament mitunter eine Vertretung, die in keinem Verhältnis zur Gesamtzahl ihrer Wähler steht. Ja, bei diesem Verfahren — man braucht hierzu noch nicht einmal eine entsprechend ausgeglichene Wahlkreiseinteilung vorzunehmen — ist es sogar denkbar, daß die größte Partei, selbst wenn auf sie rund die Hälfte der abgegebenen Stimmen entfällt, überhaupt ohne Parlamentsvertretung bleibt. Wir gehen deshalb einig mit der herrschenden Meinung, die feststellt, man komme mit dem Verhältniswahlverfahren nicht nur dem Sinn der Wahl, ein wirklichkeitstreu Abbild des Volkes zu schaffen, am nächsten, sondern es sei auch das

demokratische, gerechteste und damit bei allen Mängeln, die naturgemäß auch ihm anhaften, das Beste.

Beim Parteienkampf muß man, weil er in einer Rechtsgemeinschaft, im Staat, geführt wird, dafür Sorge getragen werden, daß er niemals die Unterwerfung des Gegners unter das eigene Interesse, sondern immer nur die Beugung seines Willens zum Zweck des Ausgleichs der beiderseitigen Interessen zum Ziele haben kann und darf.

Auf viele Anfragen teilen wir an dieser Stelle noch mit, daß die von uns erwähnte Organisation zur Reform des Wahlrechts den Namen „Deutsche Wählergesellschaft“ führt. Das Sekretariat der DWG in Groß-Umstadt bei Darmstadt erteilt alle weiteren Ankünfte und verschickt auf Wunsch an Interessenten die Mitteilungen der Deutschen Wählergesellschaft, in denen bekannte Politiker sowie Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft wie Prof. Dr. Alfred Weber, Prof. Dr. Karl Geiler, Dr. Heinrich von Brentano, Dr. Fritz Hasenclauf, Ministerpräsident Lüdemann, Dr. Lambert Schneider, Dr. Gerhard Schröder, Prof. Dr. Walter Bedewi u. a. sich gegen das heutige Parteiensystem aussprechen und für die Mehrheits- und Personenwahl einstreifen.

Für die Einheit Deutschlands

STUTTGART. Am vergangenen Donnerstag hat sich in Stuttgart eine Arbeitsgemeinschaft für die Einheit Deutschlands konstituiert. Diese Arbeitsgemeinschaft, deren Sekretär der frühere Inhabhaber von Radio Stuttgart, Dr. Fritz Eymann, ist, hat über Zweck und Aufgaben einer Volksbefragung in der Bundesrepublik drei Fragen zu stellen: 1. Sind Sie für ein einheitliches Deutschland? 2. Sind Sie für die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung durch freie gleiche Wahlen in allen Zonen? 3. Sind Sie dafür, daß die Vertreter, die aus diesen Wahlen hervorgehen, im Namen Deutschlands sprechen?

Dr. Eymann erklärte, daß die Arbeitsgemeinschaft mit dieser Befragung aus der Defensivhaltung Westdeutschlands herauszubreche und das Monopol der KPD und SED in der Forderung nach der Einheit Deutschlands breche.

Antisemitische Organisation in Bayern?

MÜNCHEN. In letzter Zeit haben sich die Fälle, daß jüdische Friseurhöfe in Bayern geschlossen werden, stetig und gefährlich vermehrt. Dr. Philipp Auerbach, wählte sich auf einer Parteiverammlung in Ansbach gegen diese Vorkommnisse, die seiner Meinung nach auf das Vorhandensein einer Organisation schließen ließen. In München seien Plakate angebracht worden mit Aufschriften wie „Sechs Millionen Schmarotzer wurden vertrieben, dennoch wurden fast sechs Millionen Juden zu wenig vertrieben“. Die Schließung der jüdischen Friseurhöfe sei weniger eine antisemitische als eine hochpolitische Angelegenheit.

Wo bleibt der Stoff?

FRANKFURT. Ihrer Erklärung des Zweinährigenkontrollsystems zufolge waren den deutschen Wirtschaftsbetrieben der Binnenzoll im Februar 22 Millionen Meter Stoff aus amerikanischen Herstellungsstätten zur Verfügung gestellt worden. Auf eine Anfrage der amerikanischen Militärregierung kühnten die Behörden jetzt keine Auskunft darüber erteilen, warum der Stoff bis heute noch nicht verteilt worden ist. Das Zweinährigenkontrollsystem forderte bisher beschleunigte Ausgabe des Stoffes, um dem 12,5 Millionen Kleidungsstücke hergestellt werden können.

Von den Prozessen

RASTATT. Im Richterungs-Prozess wurde die Vernehmung des Hauptangeklagten Hermann Köchling beendet. Als der zweite Angeklagte, Dr. Ernst Höchling, über den Punkt 1 der Anklage, die Vorbereitung der deutschen Angriffspläne gegen die westlichen Verbündeten, schlichte Regimentskommandeur Gerhart Hoffner, daß dieser Punkt nur noch gegen Hermann Höchling und nicht mehr gegen seine vier Mitangeklagten aufzuführbar sei.

STUTTGART. Der Vorsitzende des im Prozess gegen die Einsatzgruppen zum Tode verurteilten Paul Rohrer, Dr. Heilmann, beantragte bei dem Generalstaatsanwalt des amerikanischen Gerichtsbezirks in Nürnberg eine Pensionszahlung aller Gerichte zur Nachprüfung des gegen seinen Klienten ausgesprochenen Urteils. Der Verteidiger begründete seinen Antrag damit, daß im Prozess gegen die Einsatzgruppen die amerikanischen Militärgerichte II hinsichtlich des Parteibereiches einen anderen Maßstab angewendet habe als das Militärgericht V in seinen Urteilen gegen die NSDAP-Mitglieder.

DIE FLUCHT

VON JOHN STEINBECK
Mit Genehmigung des Deutsch-Verlags, München

Der schwarze Hut bedeckte Pepés Spitzkopf und sein schwarzes Zottelhaar und verleihe ihm Würde und Alter. Er sah gut auf dem kräftigen Gaul. Mama dachte im stillen, wie schön er ist, dunkel und hager und groß. „Ich würde dich heute nicht allein fort-schicken, du Kleiner, brauchst du nicht die Medizin“, sagte sie sanft. „Es ist nicht gut, keine Medizin im Hause zu haben, denn wer weiß wann der Zahnschmerz kommt oder das Basenweh, solche Dinge gibt's.“ „Adios, Mama“, rief Pepé. „Ich bin bald zurück. Du kannst mich oft alleine schicken, ich bin ein Mann.“ „Du bist ein kleines Kind.“ Er straffte seine Schultern, schlug mit dem Zügel den Gaul an den Hals und ritt fort. Einmal wandte er sich um und sah, daß alle ihm nachschauten. Emilio, Rosy und Mama. Pepé grinst vor Stolz und Freude und setzte den derben, falben Gaul in Trab. Als Pepé nach Überquerung einer kleinen Straßensacke außer Sicht gekommen war, wandte sich Mama an die kleinen Schwarzen, aber sie sprach mehr zu sich selber. „Er ist jetzt fast ein Mann“, sagte sie. „Es wird beruhigend sein, wieder einen Mann ins Haus zu haben.“ Ihr Blick richtete sich auf die Kinder. „Geh jetzt auf die Felsen. Die Ebbe setzt ein. Es werden Seeohren an den Felsen haften.“ Sie drückte ihnen die Schabellen in die Hände und blickte ihnen nach, während sie den steilen Pfad zu dem NS hinunterstiegen. Dann trug sie ihren glatten Mahlkorn vor die Haustüre und setzte sich nieder und zermahlte ihr Korn zu Mehl, gelegentlich zu der Straße hinüberblickend, die Pepé entlang geritten war. Der Mittag kam und dann der Nachmittag, und die Kinder klopfen auf dem

„Berlin ist die Hauptstadt ganz Deutschlands“

Der Nervenkrieg geht weiter / Noch keine Paketbefreiung

BERLIN. Die Nachrichten aus Berlin widersprechen und überheben sich. Es scheint kein Zweifel mehr zu bestehen, daß die Sowjets und ihre deutsche Gefolgschaft, die SED, Berlin zur Hauptstadt der Ostzone machen wollen, in der die Westalliierten zur Me-Gäste gebietet werden, sofern sie nicht vorziehen, sich zurückzuziehen.

Um diese Entscheidung zu verhindern, hat am Samstag der Direktor der amerikanischen Militärregierung, Oberst Howley, erklärt, Berlin sei die Hauptstadt von ganz Deutschland. In Übereinstimmung mit der Oberbürgermeisterin von Berlin, Luise Schroeder, sagte er, Berlin sei als Einheit zu betrachten, keine Besatzungsmacht habe mehr Rechte als die andere.

Empfangen den von den sowjetischen Militärbehörden gesendeten Feststellungen, wann im Paketverkehr westlich mehr Pakete, meistens mit Schmuck und Lebensmitteln, von der Ost- in die Westzone gehen, sagte Oberst Howley, Berlin sei wirtschaftlich von Westen viel mehr abhängig als von Osten. Die Stadt von Westen abzuschneiden, beide seitlich wie ihren Untergang herbeiführen.

Der Berliner Zivilverkehr scheint sich langsam katastrophalen Zuständen. Die erhöhte Genehmigung der sowjetischen Behörden zur Normalisierung des Paketverkehrs ist noch nicht eingetroffen. Am Freitag verpackten 58.000 Pakete die Lagerhäuser der Berliner Postverwaltung.

Berlin ist im Begriff, sich eine neue Verfassung zu geben. Der Magistrat wird künftig nach dem Vorbild der Hansestädte „Senat“ heißen, das Stadtparlament wird in ein „Berliner Abgeordnetenhaus“ verwandelt werden.

Im Kleinkrieg um das Parteienleben und die Organisations hat der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur General Hays das Begleichen des „Volksrates“, eines Volkskongresses zur Frage der deutschen Einheit zu beschließen, mit der Begründung abgelehnt, der Volksrat (geleitet von der SED) repräsentiere nur einen geringen Teil des deutschen Volkes und sei im übrigen eine „politische Organisation“. Die sowjetische Militärregierung dagegen hat „Die junge Union“, eine Zusammenfassung aller CDU-Mitglieder bis zum 31. Lebensjahr, nicht anerkannt und beantragt, daß sie verboten wird.

Marshall Sokolowski ist wieder in Berlin eingetroffen. Die britisch-russische Kommission zur Untersuchung des Flugzeugunglücks hat nur zwei Fortschritte gemacht, als nun zwei getrennte Berichte unabhängig voneinander ausgearbeitet werden.

Die amerikanische Militärregierung hat für sechs Millionen Mark schwarz gehandelten Kaffee, Kakao und Schokolade aus dem Ausland in einer Garage beschlagnahmt.

Nachrichten aus aller Welt

BADEN-BADEN. Von maßgeblicher Seite in Paris wird die Nachricht demontiert, daß im Zuge der Verwirklichung des französischen Zolls die Verlegung der Zollschranke von Baden-Baden nach Neuchâtel geplant sei. Die Behörden haben mit Strukturveränderungen oder Umgruppierungen innerhalb der Zollverwaltung nicht zu tun.

MÜNCHEN. Die amerikanische Militärregierung mußte den Vater eines Kindes, das in einem Jeep zur Welt kam, darüber aufklären, daß das Kind damit noch nicht die amerikanische Staatsbürgerschaft erlangt hat. Der Jeep war der Frau des geschäftlichen Mannes von holländischen Amerikanern zum Transport in die Klinik zur Verfügung gestellt worden.

MÜNCHEN. In der Umgebung von Augsburg hat eine „Partei der Normalverbraucher“ ihren Wahlvorschlag für die kommende Gemeindevahl eingereicht.

MÜNCHEN. Der Antrag zu den Staatsbürgerschaften in Bayern überschneidet gegenwärtig den Bedarf an den Pflanzflächen.

RAYHEUTE. Die amerikanische Militärregierung demontiert Gerüchte über eine Reaktivierung der bayerischen Gebiete der amerikanischen-erweiterten Zonenzone. Lediglich 88 Personen aus dem Bereich des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr sollen in anderen Landkreisen untergebracht werden.

NOF. In Verbindung mit der Aufhebung großer Transportbeschränkungen auf dem Bahnhofs Schindling wurden 25 Reichsbahnwagen und 9 Zugsätze verhaftet. Das Material war auf dem Schwarzmarkt verkauft worden.

WIESBADEN. Der Austausch von Umstößern zwischen der amerikanischen und der russischen Zone bei der Austauschstelle Hebratet für die Zeit vom 18. bis 23. April auf Eruchen der sowjetischen Behörden gesperrt worden.

KARSEL. Der sächsische Ministerpräsident Max Seydewitz (SED), der auf einer Wahlversammlung der KPD in Kassel sprach, schied heute Einreisegenehmigung in die US-Zone.

BERLIN. Die sowjetische Militärregierung hat im sowjetischen Sektor Berlins den im Außenbereich befindlichen Friseurhandwerkern jede Tätigkeit untersagt.

BERLIN. Zum Vorkommen des Anschusses für Verfassungstragen beim deutschen Volkstag wurde Otto Orotewald (SED) gewählt.

LONDON. Das Unterhaus hat das Gesetz über Aufhebung der Todesstrafe für Mörder angenommen. Bei anderen Verbrechen, wie Landesverrat, Spionage, Mordverbrechen, Brandstiftung von Schiffen und Arsenalen bleibt die Todesstrafe in Anwendung.

DEN HAAG. Königin Wilhelmine von Holland hat Präsident Roosevelt posthum das Ritterkreuz des Ordens Wilhelmorden verliehen.

BRUSSEL. König Leopold III. von Belgien ist am Sonntag aus Havanna kommend in Rotterdam eingetroffen. Die Polizei hatte strenge Maßnahmen zur Verhinderung von Kundgebungen getroffen.

LUXEMBURG. Das Abgeordnetenhaus beschließt mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten, den in Artikel 1 der Verfassung enthaltenen Passus „ständig neutral“ wegzulassen. Der Artikel lautet jetzt: „Das Großherzogtum bildet einen freien, unabhängigen und unteilbaren Staat.“

INNBRUCK. 86-tägiger Umsiedler, die von der Möglichkeit des Wiedererwerbs der italienischen Staatsbürgerschaft keinen Gebrauch machen, erlangen dadurch keinen Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft. Ein internationales Übereinkommen wird die Frage regeln, ob sie als Reichsdeutsche oder als Staatslose anzusehen sind.

PRAG. Bei der Durchführung des Schneefalles Prag-Wien entdeckte die tschechoslowakische Polizei in einem Waggon 43 Kilogramm Gold, das vermutlich nach Italien gebracht werden sollte.

HELSINKI. Der finnische Ministerpräsident Penttala gab bekannt, daß er bei der Ratifizierung des finnisch-schwedischen Paktes die Vertrauensfrage an das Parlament stellen werde.

NEW YORK. Die „New York Times“ und das Wochenblatt „Life“ haben am Freitag mit der Veröffentlichung von Churchills Memoiren begonnen.

NEW YORK. Eine amerikanische Antarktis-Expedition hat bei ihrer Rückkehr erklärt, daß die Antarktis nicht, wie bisher angenommen, von zwei großen Inseln, sondern aus einem kaum milder großen Kontinent als Südamerika besteht.

NEW YORK. In einem großen New Yorker Kino ist zum erstmaligen Fernsehwochenende von 26 Minuten Dauer gezeigt worden.

CANBERRA. Während Australiens 199 12.000 Mann unter den Waffen hatte, besitzt es heute 12.000 Mann. Das Militärbudget beträgt heute 80 Millionen Pfund. Das waren es nur 25 Millionen.

MANILA. Der Präsident der philippinischen Republik, Manuel Roxas, ist verstorben.

Die Preisgestaltung im bizonalen Außenhandel

FRANKFURT a. M. Der Generaldirektor der JEIA, William John L. O'Connell, gab die Richtlinien über die Bestimmung von Ein- und Ausfuhrpreisen nach dem Umrechnungsmaß von 6,30 Dollar pro Mark bekannt. Das Zweinährigenkontrollsystem hat den Wirtschaftler angewiesen, das neue Verfahren bei der Preisstellung im Außenhandel wie folgt in Kraft zu setzen:

- 1. Die Einfuhren sind in Mark zum Zugrundlegung der im Vertrag festgelegten Devisenpreise zu berechnen. Hierzu kommen jedoch nach die Aufwendungen, die sich aus dem Transport von Hafen bzw. von der Grenze aus ergeben. Angenommen sind die Einfuhren von Grundnahrungsmitteln, die auch weiterhin zum gegenwärtigen Preis berechnet werden.
- 2. Ausfuhren sind ebenfalls in Mark zum Vertragspreis in Devisen zu berechnen, wie sie sich aus der Lieferung an deutscher Häfen oder deutsche Grenze ergeben.
- 3. Der deutsche Exporteur erhält nach diesem Verfahren den vollen Marktpreis ohne Rücksicht darauf, ob dieser den gegenwärtigen gewöhnlichen Inlandspreis übersteigt oder nicht.
- 4. In Fällen, in denen die erzielten Marktpreise unter dem derzeitigen Inlandspreis liegen, erhält der Exporteur weiterhin von der Außenhandelsbank den Inlandspreis. Hierbei sollen jedoch noch nähere Entscheidungen getroffen werden.
- 5. Die Ausfuhr von Kohle ist von diesen Richtlinien ausgeschlossen.

JEIA bewilligt Ankauf von Kaffee

BRUXELLES. 2,5 Millionen Dollar sind von der JEIA für Kaffeeanfälle im 2. Quartal 1948 festgelegt worden. Das Lieferkontingent Bremen wird mit dem Kauf von insgesamt etwa 100.000 Sack der Qualität „Rio 3“ und „Rio 7“ demnach beginnen. Die Ware wird nicht von der JEIA, sondern von einzelnen deutschen Importeuren eingeführt. Für das 3. und 4. Quartal sind ebenfalls je 1,5 bzw. 1,5 Millionen Dollar bereitgestellt worden.

Wirtschaftsverhandlungen in Frankfurt

FRANKFURT a. M. Eine österreichische Delegation wird in den nächsten Wochen in Frankfurt zu Handelsverhandlungen mit der JEIA und der VWV erwartet. Die ultimativ abgebrochenen Verhandlungen zwischen Österreich und der Doppelzone sollen wieder aufgenommen werden.

Neues Abkommen

BADEN-BADEN. Der Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens zwischen der französischen Zone und der amerikanischen Zone ist in Aussicht genommen.

Basenweh und Schindling: Will Haas Heinscher Dr. Ernst Höchling und Alfred Schwager Weitere Mitglieder der Redaktion: Dr. Helmut Koenig, Dr. E. H. Urkahl, J. Joseph Klingelbier

Manuskript-Belegpreis 1,50 RM, dazü 2,50 RM, Einzelheftpreis 20 Pfg. Erscheinungstag Dienstag und Freitag

Die Berliner

GF. Ein scheidender Minister sagte kürzlich in einer Versammlung in Barmen, „Hätten sich die Berliner von der Russenmacht führen lassen, so würde es jetzt kein Problem Berlin mehr geben.“ In diesem Satz liegt alles Wesentliche gesagt. Berlin, von jeder der Schweregebel aller deutschen Stämme, hat nach dem Krieg fast seine ganze Funktion als Reichszentrale aufgeben müssen.

Gerade wir hier in Süddeutschland waren früher nicht immer Freunde der Berliner, ihrer Art und oft auch ihrer Verfassungen. Wir mochten vielmehr in Süddeutschland, in Hessen und in der Pfalz hat auch der politische Unterbewusstsein erkannt, um was es in Berlin geht. Er begriff, daß nur eine geistliche Schranken fertig werden kann, die nicht nur im Kampf mit abertausend politischen und wirtschaftlichen Existenzschicksalen durchdringen muß. In Berlin, das haben wir hier im Vorfeld von Frankfurt erkannt, muß jeder Stellung nehmen, sei es nun für oder gegen den Totalitarismus, sei es für oder gegen den Volkstrogres, für oder gegen den Westen und seine Männen, in Diskussion wieder zu einem Leben zu kommen, das lebenswert ist. Langst sind die Männen wie Jakob Kaiser, Hubert Schwanitzke, wie Neumann und all die vielen anderen Mitbürger, gleich in welchem politischen, konfessionellen oder weltanschaulichen Lager sie stehen, über dem einen Fortschrittlichen Mann zu Bekennern geworden, die bereit sind, bis zum letzten für ihre Überzeugung einzustehen. Tod das steht der Westen, das nicht ganz Süddeutschland und erkannt es an.

Rein äußerlich ist Berlin an die Grenzen Deutschlands gedrückt, rein äußerlich werden große Teile dieser Stadt von östlicher Diktatur regiert, aber gleichzeitig hat sich die Stadt durch die Haltung ihrer Männen einen Platz im Herzen aller Deutschen erworben, den es bis dahin wohl noch nie angenommen hat.

Ungarische Kommissionen ausgewiesen

FRANKFURT. Auf Schreiben des Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungsmächte, General Clay, mußten die ungarischen Rückführungs- und Wiederpastratungskommissionen binnen 48 Stunden die amerikanische Zone verlassen.

Dieser Beschluß erfolgte auf Grund eines Votums, gegen den die amerikanische Gemeinschaft im Budgetrat kürzlich Protest eingelegt. Am 21. März war ein Zug mit reparierten ungarischen DP's an der ungarischen Grenze angekommen und die amerikanische Begleitperson an der Weiterfahrt bis zu dem Bestimmungsort verhindert worden. Die amerikanischen Soldaten, die hundertweise von ungarischer Polizei bewacht wurden, stellten beim Durchkommen des Zuges fest, daß dieser bestohlen worden war.

General Clay stellte den ungarischen Vertretern in der US-Zone eine zweimalige Frist von 72 Stunden zur Aufklärung des Sachverhaltes. Da nach Ablauf dieser Frist keine ausreichenden Erklärungen von ungarischer Seite erfolgt waren, sah sich General Clay zur Ausweisung der beiden Kommissionen gezwungen.

AUS DER WIRTSCHAFT

Die Preisgestaltung im bizonalen Außenhandel

FRANKFURT a. M. Der Generaldirektor der JEIA, William John L. O'Connell, gab die Richtlinien über die Bestimmung von Ein- und Ausfuhrpreisen nach dem Umrechnungsmaß von 6,30 Dollar pro Mark bekannt. Das Zweinährigenkontrollsystem hat den Wirtschaftler angewiesen, das neue Verfahren bei der Preisstellung im Außenhandel wie folgt in Kraft zu setzen:

- 1. Die Einfuhren sind in Mark zum Zugrundlegung der im Vertrag festgelegten Devisenpreise zu berechnen. Hierzu kommen jedoch nach die Aufwendungen, die sich aus dem Transport von Hafen bzw. von der Grenze aus ergeben. Angenommen sind die Einfuhren von Grundnahrungsmitteln, die auch weiterhin zum gegenwärtigen Preis berechnet werden.
- 2. Ausfuhren sind ebenfalls in Mark zum Vertragspreis in Devisen zu berechnen, wie sie sich aus der Lieferung an deutscher Häfen oder deutsche Grenze ergeben.
- 3. Der deutsche Exporteur erhält nach diesem Verfahren den vollen Marktpreis ohne Rücksicht darauf, ob dieser den gegenwärtigen gewöhnlichen Inlandspreis übersteigt oder nicht.
- 4. In Fällen, in denen die erzielten Marktpreise unter dem derzeitigen Inlandspreis liegen, erhält der Exporteur weiterhin von der Außenhandelsbank den Inlandspreis. Hierbei sollen jedoch noch nähere Entscheidungen getroffen werden.
- 5. Die Ausfuhr von Kohle ist von diesen Richtlinien ausgeschlossen.

JEIA bewilligt Ankauf von Kaffee

BRUXELLES. 2,5 Millionen Dollar sind von der JEIA für Kaffeeanfälle im 2. Quartal 1948 festgelegt worden. Das Lieferkontingent Bremen wird mit dem Kauf von insgesamt etwa 100.000 Sack der Qualität „Rio 3“ und „Rio 7“ demnach beginnen. Die Ware wird nicht von der JEIA, sondern von einzelnen deutschen Importeuren eingeführt. Für das 3. und 4. Quartal sind ebenfalls je 1,5 bzw. 1,5 Millionen Dollar bereitgestellt worden.

Wirtschaftsverhandlungen in Frankfurt

FRANKFURT a. M. Eine österreichische Delegation wird in den nächsten Wochen in Frankfurt zu Handelsverhandlungen mit der JEIA und der VWV erwartet. Die ultimativ abgebrochenen Verhandlungen zwischen Österreich und der Doppelzone sollen wieder aufgenommen werden.

Neues Abkommen

BADEN-BADEN. Der Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens zwischen der französischen Zone und der amerikanischen Zone ist in Aussicht genommen.

Basenweh und Schindling: Will Haas Heinscher Dr. Ernst Höchling und Alfred Schwager Weitere Mitglieder der Redaktion: Dr. Helmut Koenig, Dr. E. H. Urkahl, J. Joseph Klingelbier

Manuskript-Belegpreis 1,50 RM, dazü 2,50 RM, Einzelheftpreis 20 Pfg. Erscheinungstag Dienstag und Freitag

armer, kleiner Pepé. Ich habe es über dich kommen sehen. Ich habe zugehört, wie du das Messer in den Pfosten schleuderst, und mich packte Angst.“ Eine Sekunde lang hatte ihr Gesicht einen weichen Ausdruck angenommen, aber jetzt wurde es wieder streng. „Kommt! Wir müssen dich fertigmachen. Geh! Wecke Emilio und Rosy. Spate dich!“ Pepé begab sich in die andere Ecke, in der sein Bruder und seine Schwester zwischen den Schaffellen schliefen. Er beugte sich nieder und schüttelte sie leicht: „Wach! auf, Rosy, wach! auf, Emilio! Die Mama sagt, ihr müßt aufstehen.“ Die kleinen Schwarzen richteten sich auf und rieben sich bei dem Kerzenlichter die Augen. Mama war inzwischen aus dem Bett geschlüpft, mit dem langen, schwarzen Rock über ihrem Nachthemd. „Emilio“, rief sie, „steht auf und laß das andere Pferd für Pepé ein. Rasch! Rasch!“ Emilio streifte seine Hosen über die Beine und traumelig schlaftrunken zur Tür hinaus. „Hörst du irgend jemand hinter dir auf der Straße?“ erkundigte sich Mama. „Nein, Mama. Ich packe schaff auf. Auf der Straße war keine menschliche Seele.“ Mama hüpfte wie ein Vogel hin und her. Von einem Nagel an der Wand nahm sie einen Wasserbeutel und warf ihn auf den Boden. Sie zerrte eine Decke aus ihrem Bett und rollte sie fest zusammen und verchnürte beide Enden mit Bindfäden. Einer Kiste neben dem Ofen entnahm sie einen Melissock, der bis zur Hälfte mit Küchereich gefüllt war. „Hier, meines Vaters schwarzen Rock, Pepé. Zieh ihn über.“ Pepé stand mitten im Zimmer und sah ihrem Weibchen zu. Mama langte hinter die Tür und brachte das Gewehr zum Vorschein, eine lange Flinte, deren Lauf blank gepulvert war. Pepé nahm sie ihr aus der Hand und klemmte sie in seine Lederbeutel. Dann holte Mama einen kleinen Lederbeutel und zählte ihm die Patronen in die Hand. (Fortsetzung folgt)

Calwer Stadtnachrichten

Die Oberschule Calw hat einen neuen Leiter. In einer schlichten Feierstunde, welche die Oberschule Calw am 9. April im Georgenraum veranstaltete...

Das Fest der Goldenen Hochzeit. Am 18. 4. in Calw Herr Heinrich Feldweg und seine Gattin Emilie, geb. Kirchberg, begeben Herr Feldweg, einer Alt-Calwer Familie entstammend...

Hermann Giebenrath. Am letzten Samstag ist der Inhaber des Gasthofs Post mit Bäckerei, Hermann Giebenrath, zur letzten Ruhe bestattet worden...

Überparteiliche Arbeitsgemeinschaft. Im Anschluß an die von der SPD Ortsverein Calw veranstaltete Versammlung, auf welcher der aus der Schweiz gekommene Pfarrer Le Jeune...

Im Volkshilfswerk Calw werden weiterhin Kurse zur Erlernung der französischen Sprache durchgeführt. Am Dienstag von 20-22 Uhr findet der Kurs für Fortgeschrittene statt...

Dem angekündigten Singschul-Kurs für Anfänger sollen noch Kurse für Fortgeschrittene und Eilschritt angekündigt werden, wenn sich genügend Teilnehmer melden...

Das Volkshilfswerk Calw macht auf folgende Veranstaltungen aufmerksam. Am 24. April, abends

8 Uhr, findet ein Kammerkonzert statt. Der Violinist Herr Alfred Trippner, Wildbad, spielt Stücke von Biber, Joh. S. Bach, Beethoven, Claude Debussy und César Franck...

Gründung des Gau's Nördlicher Schwarzwald

Am Samstag fand in Calw unter lebhafter Beteiligung aller junger Sänger aus den Kreisen Calw und Freudenstadt in Anwesenheit des fast vollständigen Bundespräsidiums des Sängerbundes Südwest- und Nordwürttemberg...

Bundesgeschäftsführer A. Meyle, Calw, der die Tagung leitete, eröffnet den Willkommensgruß, worauf nach Erörung der gefallenen Sängerkameraden der Liederkranz-Concordia Calw unter Leitung von Chorleiter Albert Fischer den Chor „Gruß Gott mit heiligem Klang“ und dann einen weiteren Begrüßungsschrei höchst eindrucksvoll vortrug...

Abends gab der Liederkranz-Concordia Calw ein Konzert mit Werken von Schubert, Schumann, Bruch und Weber. Es wirkten mit: Konzertmeister Karl Steiner (Staatsoper Stuttgart), Violin, Emmy Stoll (Staatstheater Stuttgart), Sopran, Hedwig Weiß-Dieterich (Calw), Fagott, Das Orchester stellten die Calwer Musikfreunde unter Leitung von Christ Döhl (Ohringen) als Gast...

Kulturelle Rundschau

Mozart-Abend in Nagold. Das Volkshilfswerk Nagold gab einen außerordentlich gut besuchten, eindrucksvollen Mozart-Abend. Man hatte diesmal die Nagolder Heimkehrer eingeladen, um ihnen eine besondere Freude zu machen...

Wendelin Ueberweg sprach in Nagold über Wilhelm Busch. Die gekommenen waren in einer Veranstaltung des Volkshilfswerks einen lustigen Wilhelm-Busch-Abend zu erleben, wurden enttäuscht...

Dichterin las ihre Märchen in Nagold. Die Gymnastik-Lehrerin Elisabeth Oppermann in Sulz am Eck lud ihre Schülerinnen zu einer Märchenstunde und die Eltern zu einem Elternabend ein...

Aus dem Gerichtssaal

Hiebtreuer, Schwarzschröcker und Schwarzhändler vor dem Gericht. Der 29 Jahre alte Eugen Schrott aus Unterhaug, der mit 17 Jahren schon einen Raubmord versucht, mehrmals wegen Einbrüchs und Diebstahls bestraft wurde...

Die Landespolizei berichtet. Ein in Oberhausen wohnhaft verheirateter Mann hat sich mit einem Messer schwere Verletzungen am Hals beigebracht, an dessen Folgen er am Tag darauf gestorben ist...

Aus der Nachbarstadt Pforzheim. Aus Alt nach Neu. Die Altstoffverwertung hat folgende Regelung erfahren: Nachsehende Firmen nehmen wollegestrickte Lumpen und haute Lumpen an...

Halberbach. Im nahen Salzstollen wurde bei Waldarbeiten der 27 Jahre alte ledige Holzhauer Johannes Dettling von einer stürzenden Tanne erschlagen.

Waldarbeiter. Beim Aufbau des Mädchenheims in der Nordstadt hat ein 44jähriger Maurermeister vom Gerüst, betriebl. auf dem Wege zum K. Krankenhaus erl. an seinen schweren inneren Verletzungen...

Calw, 18. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat meinen lieben Gatten und herzlichsten Vater Hermann Giebenrath Bäckereimeister im Alter von 59 Jahren nach wenigen Krankheitsagen von uns genommen...

Ehhausen, 10. April 1948. Unser lieber Vater Mathias Waldelich Schindelmacher aus Eitmannsweller wurde am 18. April kurz nach Vollendung seines 78. Geburtstages in die ewige Heimat überführt...

Kapfenhardt, 7. April 1948. Am 4. April 1948 verstarb nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere liebe, herzlichste Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Pauline Burkhardt geborene Hölzle im Alter von 63 Jahren...

Conzweyler, 19. April 1948. Am 3. April verschied nach längerer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwegelwälder, Großvater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel Friedrich Wacker III. Wir haben ihn am 5. April zur Ruhe gebettet...

Horboren, 13. April 1948. Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse starb unerwartet schnell mein lieber, guter Mann, der treuversorgende Vater meines Sohnes Hans Hermann im Alter von 54 Jahren...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von nicht ganz 75 Jahren zu sich genommen...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden...

Altbühl, 15. April 1948. Der Herr über Leben und Tod hat am 5. April meinen liebsten Mann, unseren guten, treuversorgenden Vater, Schwager- und Großvater Ulrich Reutschler Holzhauer nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden...

Veranstaltungen. Schwab, Volkskühn Tutlingen. Intendant: Victor Dräger „Gastlich“ Kriminallück in 3 Akten von Patrick Hamilton. Donnerstag, den 22. April 1948, abends 8 Uhr...

Kaufgesuche. Knabenschuhe, schwarze, neu, Größe 36, gest. Herrenschuhe, Größe 42, Angebot u. C 437 an S. T. Calw. Stiefel, weiß, neu, gest. Schreitstich, fouriert, braun, geboten neuer Kachelofen, braun, gesucht Motorrad bis 200 cm, fahrb., Angebot unter C 437 an Schwab, Taubblatt Calw...